

Protokoll

über die **Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2016/2021 am **Dienstag, dem 28.03.2017, um 18:00 Uhr**, in der Mensa der Astrid Lindgren-Schule, Hohenacker 14, Edewecht.

Teilnehmer:

Vorsitzender

Axel Hohnholz

Bürgermeisterin

Petra Lausch

Ratsmitglieder

Thomas Apitzsch

Dirk von Aschwege

Knut Bekaas

Kai Hinrich Bischoff

Dominik Bruns

Jörg Brunßen

Christian Eiskamp

Hergen Erhardt

Heidi Exner

Dr. Hans Fittje

bis TOP 14 einschl.

Arno Frahmann

Elke Garlichs-Kappmeier

Mark Gröber

Uwe Heiderich-Willmer

Uwe Hilgen

Josefine Hinrichs

Roland Jacobs

Jan Malte Jeddelloh

Rolf Kaptein

Jörg Korte

Ralf Andre Krallmann

Michael Krause

Wolfgang Krüger

Gundolf Oetje

Kirsten Oltmer

Torsten Pophanken

MdL Sigrid Rakow

Detlef Reil

Hille Rodiek

Wolfgang Stöver

Freia Taeger

Jost Urbanke

Entschuldigt fehlen:

Theodor Vehndel

Von der Verwaltung

Kerstin Borm	Gleichstellungsbeauftragte (GB)
Angelika Lange	Protokollführerin
Nico Pannemann	Gemeindeamtsrat (GAR)
Sven Temmen	Gemeindeamtsrat (GAR)
Rolf Torkel	1. Gemeinderat (1. GR)

TAGESORDNUNG

A. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 19.12.2016
4. Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat
5. Einwohnerfragestunde
6. Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss
- 6.1. 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 83 in Süd Edewecht
hier: Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2017/FB III/2363
- 6.2. 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 in Friedrichsfehn
Vorlage: 2017/FB III/2364
7. Beschlussvorschläge aus der Sitzung des Betriebsausschusses für den Immobilienbetrieb Pflege Service Edewecht am 13.12.2016
- 7.1. Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 2016/Stab/2326
8. Änderung der Geschäftsordnung
- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.11.2016
- Antrag der UWG-Fraktion vom 04.02.2017
Vorlage: 2017/FB I/2369
9. Umbenennung der Straße "Am Neuen Markt" in "Europaplatz"
Vorlage: 2017/FB I/2390
10. Gemeinsamer Bericht der Bürgermeisterin und der Gleichstellungsbeauftragten über die Maßnahmen der Gemeinde Edewecht zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern
Vorlage: 2017/FB I/2391
11. Annahme von Spenden
12. Anfragen und Hinweise
- 12.1. Parksituation Tischlein deck dich
- 12.2. Außenbeleuchtung bei der GS Jeddelloh I
- 12.3. Schulbusverkehr
- 12.4. Straßennamen im Bereich des neu gestalteten Markplatzes
13. Einwohnerfragestunde
- 13.1. Schulbusverkehr
14. Schließung der Sitzung

TOP 1:

Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender (RV) Hohnholz eröffnet um 18.03 Uhr die heutige Sitzung des Rates und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, Frau Grove-Mittwede von der Nordwest-Zeitung und die Zuhörer.

TOP 2:

Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

RV Hohnholz stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

Durch namentlichen Aufruf wird festgestellt, welche Mitglieder des Rates anwesend sind.

RV Hohnholz stellt fest, dass der Rat aufgrund ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist und nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren werden soll. Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

TOP 3:

Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 19.12.2016

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4:

Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat

Der Verwaltungsbericht ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 5:

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 6:

Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss

TOP 6.1:

2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 83 in Süd Edewecht hier: Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses

Vorlage: 2017/FB III/2363

Nach einer kurzen Erläuterung der Beschlussvorlage durch 1. GR Torkel fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Zu den während der Auslegung zur 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 83 eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird im Sinne der Beschlussvorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 14.02.2017 entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt die Betroffenen entsprechend zu informieren.*
- 2. Der Entwurf der 2. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 83, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zur Zeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt diesen Bebauungsplan durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen. Auf die Bekanntmachung ist in der Nordwest-Zeitung – Ammerländer Teil – hinzuweisen.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 6.2:

5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 in Friedrichsfehn

Vorlage: 2017/FB III/2364

Zunächst erläutert 1. GR Torkel, durch den geplanten Anbau an den bestehenden Aldi-Markt solle nicht das Sortiment erweitert oder das Angebot erhöht werden, Ziel der Maßnahme sei, die Waren besser präsentieren zu können.

Er weist weiter darauf hin, im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange habe die IHK noch einmal die Entwicklung eines Einzelhandelskonzeptes empfohlen.

Ohne Aussprache fasst der Rat sodann folgenden

Beschluss:

- 1. Die von der Verwaltung durchgeführte eingeschränkte Beteiligung gemäß § 4a Abs. 3 Satz 4 BauGB zur Ergänzung der Bauleitplanung unter Bezug auf die Festsetzung des Ursprungsplanes um eine textliche Festsetzung mit Pflanzgeboten für Versiegelungen wird genehmigt.*
- 2. Zu den während der Auslegung zur 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128 eingegangenen Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird im Sinne der Beschlussvorlage zur Sitzung des Bauausschusses am 14.02.2017 entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt die Betroffenen entsprechend zu informieren.*

3. *Der Entwurf der 5. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 128, der aufgrund der Vorschriften des BauGB in der zurzeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird in der vorgelegten Form als Satzung mit Begründung beschlossen. Die Verwaltung wird beauftragt diesen Bebauungsplan durch Bekanntmachung im Amtsblatt für den Landkreis Ammerland in Kraft zu setzen. Auf die Bekanntmachung ist in der Nordwest-Zeitung – Ammerländer Teil – hinzuweisen.*

- mehrheitlich beschlossen -

Nein 3

TOP 7:

Beschlussvorschläge aus der Sitzung des Betriebsausschusses für den Immobilienbetrieb Pflege Service Edewecht am 13.12.2016

TOP 7.1:

Wirtschaftsplan 2017

Vorlage: 2016/Stab/2326

1. GR Torkel führt aus, der Erfolgsplan weise naturgemäß nur minimale Beträge aus, da die Inbetriebnahme erst im folgenden Jahr möglich sei. Im Vermögensplan seien die Investitionen für 2017 neu eingestellt, da in 2016 keine Investitionen getätigt wurden. Rd. 2/3 der Arbeiten wurden zwischenzeitlich ausgeschrieben. Die Kosten des Rohbaus lägen danach im vorgesehenen Rahmen, bei den technischen Gewerken habe die Kalkulation aufgrund des geringen Bieterinteresses nicht ganz eingehalten werden können. Die hierdurch erhöhten Kosten seien im Wirtschaftsplan für das Jahr 2018 zu veranschlagen. Diskussionen über Einsparmöglichkeiten in den zuständigen Gremien hätten ergeben, dass Einsparungen zu Lasten des Wohnkomforts nicht gewünscht seien, um den geplanten Qualitätsstandard erreichen zu können. Für die noch anstehenden Ausschreibungen handwerklicher Arbeiten erwarte er wieder eine breitere Beteiligung und hierdurch Vergabebeträge bis maximal zur Höhe der geplanten Kosten.

Sodann fasst der Rat ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

Der mit der Einladung zur der Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienbetrieb Pflege Service Edewecht übersandte Entwurf eines Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2017 wird festgestellt.

Die Betriebsleitung wird beauftragt, das weitere Verfahren abzuwickeln.

- einstimmig beschlossen -

TOP 8:

Änderung der Geschäftsordnung

- Antrag der FDP-Fraktion vom 28.11.2016

- Antrag der UWG-Fraktion vom 04.02.2017

Vorlage: 2017/FB I/2369

RH Kaptein erläutert noch einmal den Antrag der FDP-Fraktion und betont, mögliche Fragen von Bürgern zur politischen Entscheidungsfindung könnten seines Erachtens u. U. nur von den Mandatsträgern selbst beantwortet werden. Den Mandatsträgern solle deshalb auch im Rahmen von Sitzungen die Möglichkeit eröffnet werden, den Bürgerinnen und Bürgern direkt Rede und Antwort zu stehen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stimmt RH Heiderich-Willmer dem Antrag grundsätzlich zu, jedoch sei die vorgeschlagene Formulierung noch nicht ausgereift. Aus seiner Sicht sei nicht eindeutig erkennbar, wer wie lange befragt werden dürfe. Er schlage deshalb vor, den Antrag noch einmal zurückzustellen und die Formulierung zu präzisieren.

RF Taeger spricht sich namens der SPD-Fraktion für die Neufassung aus, da hierdurch die Möglichkeiten des NKomVG ausgeschöpft würden und Bürger/innen erwarten dürften, dass Ratsmitglieder sich inhaltlich mit allen anstehenden Themen befassen und hierzu Aussagen machen könnten. Sei dies einmal nicht der Fall, bestehe immer die Möglichkeit, Antworten – ggfs. auch schriftlich – nachzureichen.

Namens der CDU-Fraktion spricht sich auch RH Brunßen dafür aus, eine Regelung zur Beantwortung von Fragen durch Fraktionen, Gruppen oder einzelne Ratsmitglieder innerhalb der Einwohnerfragestunden zu finden. Er unterstütze hierbei jedoch den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit dem Ziel, einen präzisen und einhellig unterstützten Wortlaut zu finden. Um jedoch kurzfristig die diesbezüglichen Möglichkeiten des NKomVG nutzen zu können, schlage er vor, den vorgelegten Beschluss heute mit der Einschränkung zu fassen, dass der Beschluss zunächst für ein Jahr und nur für Ratssitzungen gelte. Die hieraus gewonnenen Erfahrungswerte könnten anschließend zur abschließenden Entscheidung, ob die Regelung auf die Sitzungen der Fachausschüsse ausgedehnt oder erneut überdacht werden solle, herangezogen werden. In diesem Zusammenhang bittet er die Verwaltung um Prüfung, ob Schulungen für Ausschussvorsitzende angeboten werden können.

Für die UWG-Fraktion spricht sich RH Apitzsch für die vorgeschlagene Beschlussfassung aus. Er erachte es als wichtig, dass Bürger/innen auch in einem öffentlichen Rahmen Stellungnahmen zu politischen Themen von Mandatsträgern einfordern können. Die zeitliche Befristung einer Einwohnerfragestunde auf maximal 30 Minuten sei seiner Meinung nach nicht zwingend notwendig, zumal die Erfahrung zeige, dass Einwohnerfragen eher selten gestellt würden. Bei brisanten Themen könne dies jedoch sehr wohl verstärkt der Fall sein und hier solle allen Einwohnern ohne Zeitlimit die Möglichkeit zur Befragung der Bürgermeisterin, der Fraktionen oder Gruppen sowie einzelner Ratsmitglieder ermöglicht werden. Er spricht sich gegen eine Testphase im Rat aus, da i. d. R. inhaltliche Diskussionen bereits in den Fachausschüssen stattgefunden hätten, wogegen im Rat überwiegend nur noch abschließende Beschlüsse gefasst würden. Seiner Meinung nach sei die Möglichkeit der direkten Befragung von Mandatsträgern in den Fachausschüsse dringlicher, da

dort die Bürger/innen die politischen Standpunkte der einzelnen Ratsmitglieder bzw. Fraktionen sehr viel besser erkennen könnten.

RF Taeger weist in diesem Zusammenhang auf § 25 der Geschäftsordnung hin, der es dem Rat ermögliche, jederzeit mit 2/3-Mehrheit für die Dauer einer Sitzung oder eines Tagesordnungspunktes von den Bestimmungen der Geschäftsordnung abzuweichen. Hierdurch könne z. B. bei Bedarf auch eine Einwohnerfragestunde verlängert werden.

In seiner Erwiderung verweist RH Heiderich-Willmer auf Einwohnerfragestunden in zurückliegenden Fachausschusssitzungen, die bzgl. Dauer und Intensität den 30-Minuten-Rahmen deutlich überschritten und letztlich zu möglicherweise vorschnellen Beschlussfassungen geführt hätten. Aus seiner Sicht solle deshalb die Regelung zur Maximaldauer von 30 Minuten bestehen bleiben.

RH Krause, Die Linke, spricht sich für die Möglichkeit der Befragung von Fraktionen, Gruppen und einzelnen Ratsmitgliedern im Rahmen der Einwohnerfragestunden aus und befürwortet den vom VA vorgeschlagenen Beschluss.

RV Hohnholz lässt sodann über den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die Beschlussfassung bis zur Präzisierung des Wortlauts der Änderung zurückzustellen, abstimmen.

Dieser Änderungsantrag verfällt bei 17 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen der Ablehnung.

Des Weiteren lässt er über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion, den vom VA vorgeschlagenen Beschluss mit der Einschränkung, ihn zunächst für die Dauer eines Jahres und nur für Sitzungen des Rates zu fassen, abstimmen.

Auch dieser Änderungsantrag verfällt bei 16 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und zwei Enthaltungen der Ablehnung.

Hieran anschließend wird die Sitzung auf Antrag der CDU-Fraktion von 18.51 Uhr bis 18.58 Uhr für eine kurze fraktionsinterne Beratung unterbrochen.

Sodann lässt RV Hohnholz über Punkt 1 des Beschlussvorschlages abstimmen (s. Beschlussfassung).

Im Anschluss erläutert RH Apitzsch noch einmal den Antrag der UWG-Fraktion, der zum Ziel habe, die ohnehin geläufige Praxis der Verwaltung, die öffentlichen Tagesordnungspunkte der Sitzungen nebst Vorlagen und wichtigen Anlagen einige Tage vor den Sitzungsterminen in das Bürgerinformationssystem einzustellen, auch in der Geschäftsordnung zu verankern.

Ohne weitere Aussprache fasst der Rat sodann folgenden

Beschluss:

1. § 17 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Edewecht vom 08.11.2016 erhält mit sofortiger Wirkung folgende Fassung:

„Die Fragen werden von der Bürgermeisterin beantwortet. Darüber hinaus können Fragen an eine Fraktion, eine Gruppe oder ein Ratsmitglied von diesen selbst beantwortet werden. Eine Diskussion findet nicht statt.“

2. Dem § 1 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates der Gemeinde Edewecht vom 08.11.2016 wird mit sofortiger Wirkung der folgende Satz 2 angefügt:
„Spätestens fünf Tage vor den Sitzungen wird die Tagesordnung mit Vorlagen und wichtigen Anlagen ins Bürgerinformationssystem eingestellt. Dies gilt nur für den öffentlichen Teil der Sitzungen.“

(Punkt 1. wurde mit 17 Ja-Stimmen und 17 Enthaltungen beschlossen; Punkt 2. wurde einstimmig beschlossen.)

- beschlossen -

TOP 9:

Umbenennung der Straße "Am Neuen Markt" in "Europaplatz"

Vorlage: 2017/FB I/2390

RH Krause zieht seinen Antrag zurück. Dieser solle zunächst im Straßen- und Wegeausschuss behandelt werden.

- an den Fachausschuss verwiesen -

TOP 10:

Gemeinsamer Bericht der Bürgermeisterin und der Gleichstellungsbeauftragten über die Maßnahmen der Gemeinde Edewecht zur Verwirklichung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern

Vorlage: 2017/FB I/2391

BMin Lausch führt aus, es gebe nach wie vor eine rechtliche Verpflichtung zur Umsetzung der Gleichstellung in Niedersachsen. Hierüber habe sie als Hauptverwaltungsbeamtin zusammen mit der Gleichstellungsbeauftragten dem Rat regelmäßig zu berichten.

In der Gemeinde Edewecht sei die Gleichstellungsstelle weiterhin hauptamtlich mit 19,5 Wochenstunden besetzt. Zudem verfüge die Gleichstellungsstelle über einen eigenen Etat für Öffentlichkeitsarbeit, Aus- und Fortbildung, Geschäftsausgaben, etc. Gesetzlich verankert sei die Mitwirkung der Gleichstellungsbeauftragten durch das NKomVG bei allen Programmen, Vorhaben, Entscheidungen und Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Anerkennung der gleichwertigen Stellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft haben.

Die Personalentwicklung bei der Gemeinde Edewecht sei weiterhin auf einem guten Wege. Langfristiges Ziel sei es, bestehende Unterpräsenzen auch auf höherwertigen Stellen auszugleichen. Hierbei sei mehr denn je die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein Thema.

Zu den Aufgaben der Gleichstellungsbeauftragten gehörten neben den Belangen der Kernverwaltung insbesondere die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern, die Förderung und Unterstützung von Projekten und die Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen, Verbänden, etc.

Für die Zukunft sei zu beachten, dass aufgrund einer Änderung des Nds. Gleichstellungsgesetzes nunmehr eine Mitwirkungspflicht der Gleichstellungsbeauftragten bei allen gleichstellungsrelevanten Entscheidungen bestehe. Sodann übergibt BMin Lausch das Wort an GB Borm.

GB Borm weist zunächst darauf hin, der vorliegende Bericht beziehe sich auf den 2. Niedersächsischen Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern. In der letzten Woche sei nun der 3. Atlas zur Gleichstellung mit teilweise überraschenden Zahlen veröffentlicht worden. U. a. sei der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen des Ammerlandes mit dem niedersachsenweit größten Zuwachs auf nun 32,6% gestiegen und liege nun in den „Top Ten“. Im Edewechter Rat beträgt der Frauenanteil heute 22,8%. Bei den Verwaltungsspitzenpositionen der Landkreise, kreisfreien Städte sowie der Landeshauptstadt Hannover liege der Frauenanteil mit nur zwei Landrätinnen in Niedersachsen bei lediglich 4,3 %.

Insbesondere führt sie aus, Motor der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung für mehr Gerechtigkeit sei die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Politik, Beruf und Karriere, sowie die faire Verteilung der Funktionen, des Einkommens und der familiären Pflichten. Auch die Gemeinde Edeweche sei als Arbeitgeber gefordert, Frauen und Männer hierbei durch verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu unterstützen. Kommunen müssten darüber hinaus Bedingungen und Infrastruktur für eine im Alltag lebendige geschlechtergerechte Gesellschaft schaffen. Mit einer Zunahme von 20,4% bei der Betreuungsquote der unter Dreijährigen seit 2011 sei der Landkreis Ammerland diesbezüglich bereits auf einem guten Weg. Insbesondere im Bereich „Familie und demografischer Wandel“ seien die Handlungsbedarfe aber noch groß.

Auf RH Bekaans Nachfrage weist GB Borm darauf hin, der geschlechtsspezifische Ausgleich bezüglich der Beschäftigten in den Kindertagesstätten und auf dem Bauhof sei auch aus ihrer Sicht wünschenswert. Gerade in diesen Bereichen wären aber Bewerbungen unterrepräsentierter Geschlechter äußerst selten. Hier helfe sicherlich nur ein gesellschaftliches Umdenken und die gezielte Förderung der Begeisterung junger Menschen für - bisher - geschlechtsunspezifische Berufsfelder.

- Bericht zur Kenntnis genommen -

TOP 11:
Annahme von Spenden

Der Annahme folgender Zuwendungen wird zugestimmt:

Zuwender	Zweck	Wert
CEWE Stiftung & Co. KGaA (Hinweis: Die Spende ging bereits am 19.08.2016 ein, der Wert der Spende wurde der Schule aber erst am 17.01.2017 bekannt gegeben)	GS/OBS Edeweche, gebrauchte und neue EDV- Ausstattung als Sachspende	5.460,00 €
Der Förderverein der Grundschule Osterscheps e.V. hat am 21.02.2017 beschlossen, im Jahr 2017 folgende Projekte mit der Beschaffung nebenstehender Sachwerte zu unterstützen:	<u>Sport:</u> Höhenverstellbare Basketballkörbe für die Sporthalle	1.500,00 €
	<u>Sachunterricht:</u> Lehrmaterial Technik = Lego Education Doppelkasten und 3 Aufbewahrungsboxen	500,00 €

<u>Schulprojekttag:</u> Projekttag Afrika Black & White	1.300,00 €
<u>Schulbücherei:</u> Bücher (Spende von der Volksbank Oldenburg eG)	900,00 €
<u>SKG:</u> Sitzmattenwagen 290,00 € Ballkissen 150,00 € Sitzsack 70,00 €	510,00 €
<u>Schwarzlichttheater:</u> Diverse Materialien für Breakdance-Tanz 200,00 € Lehrerfotowand 300,00 €	500,00 €
<u>Kunst:</u> Klassenschrank / Schranktür für Betreuungsraum	350,00 €
<u>1. Klassen:</u> Zeugnismappen für die Erstklässler	250,00 €
<u>Kunst-/Textilraum:</u> Ordnungsboxen	250,00 €
<u>Betreuung:</u> Betreuungsgruppen je Gruppe 150,00 € Herzog, Meinen, Schlowak, Bekaan	600,00 €

- einstimmig beschlossen -

TOP 12: Anfragen und Hinweise

TOP 12.1: Parksituation Tischlein deck dich

RH Brunßen berichtet, während der donnerstäglichen Lebensmittelausgaben sei die Oldenburger Straße im Umfeld der neuen Räumlichkeiten derart zugestellt, dass hierdurch Verkehrsbehinderungen entstünden. Ein in räumlicher Nähe befindlicher privater Parkplatz dürfe offensichtlich durch Kunden des Vereins nicht genutzt werden, weshalb er die Verwaltung bitte, die Parksituation möglichst zeitnah zu beordnen.

BMin Lausch führt hierzu aus, dieses Problem sei der Verwaltung bekannt. Eine Lösung hänge jedoch stark vom Nutzerverhalten ab..

TOP 12.2: Außenbeleuchtung bei der GS Jeddelloh I

RH Korte berichtet, seit Februar d. J. sei bei der Turnhalle in Jeddelloh I die Außenbeleuchtung defekt. Auch in den Duschen der Halle funktioniere das Licht

nicht. Durch die dort vorhandene Stufe bestünde insbesondere in diesem Bereich erhöhte Unfallgefahr. Er bittet die Verwaltung um kurzfristige Behebung der Schäden, ggf. um Einrichtung einer Notbeleuchtung.

Anmerkung der Verwaltung:

Die mangelhafte Außenbeleuchtung bei der Grundschule Jeddelloh I ist auf den Ausfall von LED-Straßenleuchten des Herstellers „Hella“ zurückzuführen. Die Ersatzlieferung für mittlerweile 20 schadhafte Leuchten wurde vom Hersteller trotz gegenteiliger Ankündigungen mehrfach verschoben. Daraufhin wurde etwa Mitte März im Bereich des Parkplatzes ein Ersatz-LED-Leuchtstreifen von einer anderen, weniger bedeutsamen Leuchte umgebaut.

Die fehlerhafte Beleuchtung des Sanitärbereiches der Männerumkleide in der Turnhalle ist unverzüglich dem mit Wartungsarbeiten an der Schule beauftragten Fachunternehmen mitgeteilt worden. Nachdem die zunächst zugesagte unverzügliche Reparatur nicht geleistet wurde, hat die Verwaltung bereits mehrfach beim Unternehmen interveniert. Auf nochmaliges Drängen der Verwaltung, wurde die Reparatur nunmehr am 31.03.2017 durchgeführt.

TOP 12.3:

Schulbusverkehr

RF Oltmer bezieht sich auf den Hinweis eines Einwohners in der letzten Sitzung des Straßen- und Wegeausschusses bzgl. des Busverkehrs zum Gymnasium-Außenstelle Edeweicht bzw. zur Grundschule Osterscheps und bittet um Mitteilung, ob dieses Anliegen zwischenzeitlich an den hierfür zuständigen Landkreis weitergeleitet wurde. Ihrer Kenntnis nach führen die Busse nach wie vor die Strecke Timmenkamp / Hemeler Straße / Göhlenweg und würden so durch deren für diese Straßen unzulässig hohes Gewicht erhebliche Kosten verursachenden Schäden Vorschub leisten.

Verwaltungsseits wird die seinerzeitige Weitergabe dieses Hinweises an den Landkreis und das Busunternehmen bestätigt. Es sei zugesichert worden, diese Strecke nicht mehr zu befahren.

Die Verwaltung werde nun jedoch noch einmal die tatsächlichen Gegebenheiten prüfen.

TOP 12.4:

Straßenname im Bereich des neu gestalteten Markplatzes

RH Kaptein bittet, an der Straße zwischen dem Aldi-Markt und der Rossmann-Filiale in Edeweicht ein Straßenschild mit der korrekten Bezeichnung „Am Neuen Markt“ anzubringen. Bisher stünde hier noch das Schild „Rathausstraße“.

BMin Lausch sichert die Behandlung dieses Hinweises in der nächsten Sitzung des Straßen- und Wegeausschusses zu.

TOP 13:

Einwohnerfragestunde

TOP 13.1:
Schulbusverkehr

Herr Gerd Sandstede, Osterscheps, bestätigt die Aussagen der RF Oltmer und berichtet seinerseits, Schulbusse würden regelmäßig morgens, mittags und nachmittags die Hemeler Straße, an der sich im Übrigen keine Schulbushaltestelle befinde, befahren. Er bittet sodann um Auskunft, weswegen für Belange von Gemeindestraßen der Landkreis zuständig sei.

BMin Lausch bittet, die genauen Zeiten des Busverkehrs noch einmal zur Verfügung zu stellen und erläutert, für die Instandhaltung von Gemeindestraßen sei die Gemeinde verantwortlich, der Landkreis hingegen für die Schülerbeförderung. In Ausnahmefällen könne ein Befahren von gewichtsbeschränkten Straßen durch Busse dann notwendig sein, wenn anders regelmäßige Zusteigemöglichkeiten für Schüler nicht zu gewährleisten seien. Dies sei allerdings an diesen Straßen nicht der Fall.

TOP 14:
Schließung der Sitzung

RV Hohnholz schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um 19.33 Uhr.

Axel Hohnholz
Ratsvorsitzender

Petra Lausch
Bürgermeisterin

Angelika Lange
Protokollführerin